

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

China-Geschäft für wen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1979) : China-Geschäft für wen?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 1, pp. 4-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135268>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

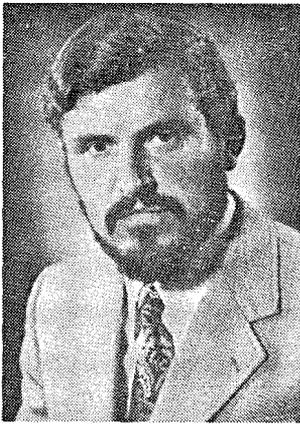
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Bolz

China-Geschäft für wen?

Die Ereignisse des abgelaufenen Jahres dürften auch die letzten Zweifler davon überzeugt haben, daß die VR China nun endgültig aus der selbstgewählten Isolation herausgetreten ist und sich bis zur Jahrtausendwende zu einem modernen Staat mausern will. Auf rd. 600 Mrd. Dollar wird das groß angelegte Modernisierungsprogramm geschätzt, das mit Unterstützung der westlichen Industrieländer durchgeführt werden soll.

Durch Handels- und Kooperationsabkommen mit der chinesischen Regierung sowie durch großzügige Kreditzusagen versuchen deshalb nicht nur die großen Handelsnationen USA, Japan, Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien ansehnliche Teile des zu erwartenden chinesischen Auftragsvolu-

mens für ihre Exportwirtschaft zu sichern. Derartige Abkommen hat die VR China bislang u. a. mit Japan, Frankreich, Schweden und der Bundesrepublik abgeschlossen; die USA rechnen in Kürze mit einem Arrangement, das dem japanisch-chinesischen 20-Mrd.-Dollar-Vertrag ähnlich ist. Frankreich glaubt, sich durch einen Vertrag bis 1985 ein Handelsvolumen von 60 Mrd. Franc – davon die Hälfte französische Exporte – gesichert zu haben, dies nicht zuletzt wegen einer entsprechenden Kreditzusage. Weiter vertraut man im Westen auf globale Absprachen und auf Vorgespräche über konkrete Einzelprojekte. So konnte die deutsche Wirtschaft mit der VR China ein Rahmenabkommen über die Lieferung deutscher Bergbauausrüstungen im Werte von 8 Mrd. DM treffen.

Trotz alledem gibt es keine verlässlichen Anhaltspunkte dafür, in welchem Umfang in den nächsten Jahren einzelne Länder an der Abwicklung chinesischer Großprojekte tatsächlich beteiligt sein werden. Dieses scheint von Politikern und der Öffentlichkeit häufig übersehen zu werden, seltener von den für derartige Geschäfte Verantwortlichen in der Wirtschaft. So spricht z. B. Otto Wolff von Amerongen in Verbindung mit dem 8-Mrd.-DM-Abkommen, das man gegen englische, französische und amerikanische Konkurrenz mit der VR China geschlossen hat, vorsichtig von geschaffenen Voraussetzungen für die Entwicklung konkreter Geschäfte. Und ein bekannter deutscher Bankier wies darauf hin, daß man das in der Presse angekündigte 28-Mrd.-DM-Geschäft im Stahlbereich mit anderen Ländern teilen müssen.

Die Chinesen tragen nur bedingt Verantwortung für die in einigen Ländern euphorischen – zum Teil aufgrund der Eitelkeit nationaler Leistungsfähigkeit, zum Teil aber auch aufgrund konjunkturell bedingten Wunschenkens zustande gekommenen – Hochrechnungen des

Chinageschäftes. Sie haben wiederholt klargestellt, daß trotz der hohen Priorität der Politik in den chinesischen Außenhandelsaktivitäten die ökonomische Rationalität nicht außer acht bleiben könne und werde. Deshalb werden z. B. für das genannte 28-Mrd.-DM-Projekt Planentwürfe in mehreren Ländern gleichzeitig eingeholt. Weiter hat China in einem besonderen Brief zu dem mit Frankreich geschlossenen Abkommen deutlich gemacht, daß Frankreich nur dann die erwartete Vorzugsbehandlung bei der Auftragserteilung zuteil würde, wenn Konkurrenzangebote preislich und technologisch weniger vorteilhaft ausfielen.

Auch hat die Regierung der VR China ihre neue Politik der wirtschaftlichen Öffnung gegenüber dem Westen an den Grundsatz gekoppelt, bei dem Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist daher für China die weltpolitisch (zumindest noch) nicht herausragende Stellung Japans und der Bundesrepublik in Verbindung mit den eigenen Unabhängigkeitsbemühungen ein Faktor, der für eine besonders intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit spricht. So sehr dies beide Länder aufgrund ökonomischer Erwägungen begrüßen, so sehr müssen auch sie politische Faktoren ins Kalkül ziehen. Beide haben besondere Rücksicht auf die mit der VR China verfeindete Sowjetunion zu üben, und zwar politisch und wirtschaftlich. Hieraus könnte bei beiden Ländern ein Interesse folgen, den eigenen Chinahandel nur im Gleichschritt mit anderen Ländern zu entwickeln und im Falle von Großgeschäften vorzugsweise internationale Konsortien anzustreben. Für wohl alle direkt oder indirekt am künftigen Chinageschäft Beteiligten sind also nach wie vor viele ökonomische und politische Fragen zu klären, bevor die eigenen Exportchancen auch nur annäherungsweise berechenbar werden.